

BUENOS AIRES-BRIEFING

Februar 2020

Aitana Ackermann, Rafael Bogdanski und Olaf Jacob

Neuigkeiten aus der argentinischen Justiz

Am 4. Februar erschütterte der Tod von Bundesrichter Claudio Bonadio einen Großteil der argentinischen Justiz und Gesellschaft. Der Bundesrichter starb im Alter von 64 Jahren an einem Hirntumor. Nur wenige wie er waren so vertraut mit den Höhen und Tiefen der argentinischen Politik. Während seiner 26-jährigen Karriere machte sich Richter Bonadio einen Namen unter anderem durch die Strafverfolgung der ehemaligen Präsidentin und amtierenden Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner (CFK). Der Bundesrichter leitete auch Ermittlungen im ungeklärten Todesfall des Sonderstaatsanwalts Alberto Nisman ein, welcher der damaligen Präsidentin CFK Kollusion mit der iranischen Regierung vorwarf und somit auch eine mögliche Verwicklung in den Bombenanschlag auf das Gebäude des jüdischen Verbands AMIA. Allein im vergangenen Jahr lud Bonadio CFK an nur einem Tag ganze sieben Mal vor, ordnete eine neuntägige Untersuchungshaft an, gefolgt von Anträgen an den Kongress, ihre Immunität aufzuheben. CFK beschuldigte ihn der politischen Verfolgung. Außerdem zog Richter Bonadio zog ebenfalls kirchneristischen Beamte wie den Infrastrukturminister Julio de Vido zur Rechenschaft, welcher aufgrund der Veruntreuung öffentlicher Mittel, die für die Erneuerung der S-Bahnen bestimmt waren, für ein tragisches Unglück am Bahnhof Once in Buenos Aires im Jahr 2012, welches 51 Todesopfer forderte, eine Mitschuld trug.

Präsident Alberto Fernández sprach angesichts der Verurteilung mehrerer Beamter und Unternehmer während der Amtszeit von Präsident Macri von einem „Oligopol von Richtern“ und bezichtigt die Opposition der Ernennung befreundeter Richter sowie der Justizmanipulation. Infolgedessen ordnete er eine Justizreform an, die unter anderem die Vereinheitlichung der Strafrichter in der Autonomen Stadt Buenos Aires vorsieht (was bedeutet, dass Fälle statt unter 12 Bundesrichtern unter 70 Strafrichtern ausgelöst werden sollen), die Schaffung eines Rats zur Stärkung der Justizverwaltung, bestehend aus Akademikern und Spezialisten und die Stärkung des Strafverfolgungssystems mit dem Ziel Menschenhandel, Geldwäsche und Drogenhandel effektiver zu untersuchen und härter nachzugehen. Weitere Punkte sind die Optimierung der Arbeitsweise des Obersten Gerichtshofs, die Verbesserung der Arbeit des Rats der Magistratur, die Einführung von Geschworenenprozessen, eine Modernisierung des Strafgesetzbuchs und der Stärkung der Staatsanwaltschaft. Die Opposition reagierte hierauf mit Skepsis. Bisher gab Präsident Fernández keine detailliertere Erläuterung der Reformen und Implementierung der genannten Änderungen bekannt.

Für weitere Unstimmigkeiten in der Justiz und im Auswärtigen Amt sorgte auch die angekündigte Rentenreform, die die Schere zwischen den Mindestrenten und den Pensionen verkleinern sowie die Ausgaben der Rentenkasse verringern soll. Zurzeit befindet sich ein entsprechender Gesetzentwurf in parlamentarischer Debatte. Dieser sieht unter anderem Veränderungen des Renteneintrittsalters, der Rentenberechnung sowie der Höhe der Beiträge, unter anderem für rund 8.000 hochrangige Beamte der Justiz und des Außenministeriums, vor. Die Beamten befürchten mit der Verabschiedung des Gesetzes 20 bis 40 Prozent der ihnen derzeit zustehenden Pension einzubüßen und durch die Anhebung des Mindestalters für den Ruhestand von 60 auf 65 gegenüber ihren Vorgängern benachteiligt zu werden. Mehr als 300 Justizbeamte drohten daher bereits mit ihrem Rücktritt. Über 50 Staatsanwälte und Richter ließen diesen Drohungen bereits Taten folgen und beantragten ihren Ruhestand bzw. traten von ihren Ämtern zurück. In den Augen der Opposition soll durch die Maßnahme die Justiz lahmgelegt werden. Die Regierung dementierte diese Absicht jedoch.



Makroökonomische Entwicklungen

Einem Bericht der Katholischen Universität Argentiniens (UCA) zufolge erreichte die multidimensionale Armut, ein Maß, das neben dem Einkommen das Fehlen einiger grundlegender Rechte zusammenfasst, im Jahr 2019 37,5 Prozent und betraf somit 15,75 Millionen Menschen in den argentinischen Großstädten. Ein Jahr zuvor hatte dieser Indikator 31,4 Prozent der argentinischen Bevölkerung umfasst. Dies bedeutet, dass seit dem letzten Jahr 1,43 Millionen Argentinier mehr unter die Armutsgrenze fielen. Den Anstieg der Armut begründet die Studie unter anderem durch den Kaufkraftverlust angesichts der hohen Teuerungsrate der Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Gebrauchs sowie durch die verschlechterte Beschäftigungslage im Jahr 2019. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 9,7 Prozent. Davon betroffen sind vor allem junge Erwachsene: Ein Fünftel der unter 29-Jährigen ist laut Berechnungen der staatlichen Statistikbehörde INDEC arbeitslos. Ein weiterer auffälliger Indikator hat mit dem Defizit bei dem Zugang zu medizinischer Versorgung und Medikamenten zu tun, das sich innerhalb von zwölf Monaten um vier Prozentpunkte verschlechterte. Die Inflation, die im Jahresvergleich 2019/2020 die 50-Prozent-Marke überschritt, fiel im Januar dieses Jahres mit 2,3 Prozent deutlich niedriger als der monatliche Durchschnittswert im letzten Jahr. Ein Grund dafür sind die von der Regierung neu ausgehandelten Referenzpreise (Programm „Precios Cuidados“) mit ausgewählten Lebensmittelherstellern und Produzenten von Gütern des alltäglichen Gebrauchs sowie die Verschärfung der Devisenkontrollen.

Argentiniens etwaiger Schuldenschnitt

Angesichts des Besuch einer technischen Kommission des Internationalen Währungsfonds (IWF) Mitte Februar waren die Verhandlungen Argentiniens mit dem IWF in der öffentlichen Diskussion sehr gegenwärtig. Dabei stand unter anderem der Begriff „Schuldenschnitt“ im Raum. Vor einem halben Jahr war das Expertenteam des IWF noch von Argentiniens Fähigkeit, die an den bewilligten 57 Milliarden US-Dollar-Kredit gekoppelten Bedingungen zu erfüllen. Seitdem verlor der argentinische Peso gegenüber dem US-Dollar trotz der eingeführten Devisenkontrollen mehr als 40 Prozent an Wert, die Wirtschaft schrumpfte stärker als erwartet und die Währungsreserven gingen um mehr als 20 Milliarden US-Dollar in wenigen Monaten zurück. Zudem erhält der argentinische Staat angesichts des hohen Länderrisikos und der Rechtsunsicherheit an den Kapitalmärkten längst keine Devisen mehr. Ebenso verhält es sich mit einem Großteil der ausländischen Direktinvestitionen.

Im Anbetracht der andauernden Rezession begrüßten die Fachkräfte des IWF in ihrer Pressemitteilung, dass die neue Regierung an den Devisenkontrollen und den armutslindernden Maßnahmen festgehalten hat. Ferner räumten die Vertreter des IWF ein, dass es angesichts der aktuellen Lage schwierig sei einen Haushaltsüberschuss zu erzielen. Diesen bräuchte das Land, um die Schulden in US-Dollar tilgen zu können. Das argentinische Parlament hatte im Januar bereits eine Umstrukturierung der Staatsschulden bewilligt. Die Abstimmungen im Abgeordnetenhaus und Senat erfolgten unmittelbar nach den Auslandsreisen von Präsident Fernández und Wirtschaftsminister Guzmán. Deren zahlreichen Staatsbesuche, bilaterale Gespräche im Rahmen multilateraler Foren und Vorträge hatten zum Ziel gehabt ein positives Klima für die Umschuldung und einen etwaigen Schuldenschnitt zu schaffen.

